



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

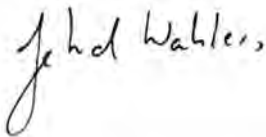
aus der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren wir immer wieder aus erster Hand, wie es um die Religionsfreiheit in vielen Ländern und um die Situation von Christen dort bestellt ist. Eine aktuelle Umfrage, die wir an fast 40 unserer Auslandsbüros gerichtet und in der wir um eine Darstellung der Lage der Christen gebeten haben, hat ein sehr differenziertes Bild ergeben. Die Ergebnisse finden Sie in dieser Ausgabe der Auslandsinformationen in vier Artikeln zusammengefasst.

In vielen Ländern werden Christen nicht nur bedrängt, sondern diskriminiert, schikaniert und teilweise auch verfolgt: In kommunistisch geprägten Staaten wie China und Vietnam werden sie systematisch überwacht und benachteiligt. In islamisch geprägten Staaten wie Pakistan, Jemen oder insbesondere Irak wird ihre Glaubensfreiheit durch Scharia-Gesetze unterminiert. Immer wieder laufen sie Gefahr, das Bekenntnis zu ihrem Glauben mit dem Leben zu bezahlen. In Ägypten kommt es immer wieder zu äußerst gewalttätigen Angriffen auf koptische Christen und ihre kirchlichen Einrichtungen. Auch in der Türkei, wo christliche Kirchen keinen Rechtsstatus besitzen, spricht die alltägliche Realität dem Grundrecht auf Religionsfreiheit vielfach Hohn. In vielen Teilen Indiens sind Christen seit Langem immer wieder der Aggression fanatischer Hindu-Nationalisten ausgesetzt. Selbst in primär buddhistischen Ländern wie Laos oder Sri Lanka ist es schon vielfach zu Übergriffen gegen Christen gekommen.

Gleichzeitig bekommen wir allerdings auch positive Berichte, in denen Christen als ein integrierender Faktor innerhalb einer religiös anders geprägten Gesellschaft erscheinen. Insbesondere in Staaten, die der Fürsorgepflicht für ihre Bevölkerung nicht gerecht werden können oder wollen, sind die Leistungen christlicher Kirchen und das persönliche Engagement ungezählter Christen häufig

die letzte und einzige Hilfe vieler Menschen. Auch dürfen wir nicht vergessen, dass die meisten Übergriffe gegen Christen nicht dem jeweiligen Staat als Ganzem und schon gar nicht der gesamten Bevölkerung angelastet werden können, sondern dass sie regionale und sehr häufig ethnische oder soziale Ursachen haben. Gerade in größeren Staaten wie Indien oder Nigeria ist es deshalb möglich, dass Gewalt an einem Ort und gleichzeitig ein friedliches Neben- oder auch Miteinander an einem anderen Ort beobachtet werden können. In Ägypten kam es zum Beispiel nach den Übergriffen in der vergangenen Silvesternacht auch zu Situationen, in denen Muslime sich bei anschließenden Gebeten schützend vor ihre koptischen Mitbürger gestellt haben.

Die Freiheit des Glaubens und des Gewissens kann nicht von Staaten garantiert werden, die anderen, vermeintlich „fremden“ Religionen gegenüber keine Toleranz zu üben bereit sind, und schon gar nicht von solchen, die glauben, einen „Gottesstaat“ apostrophieren zu können. Garantiert werden kann Religionsfreiheit nur von Staaten, für die eine freiheitliche, demokratische und liberale Rechts- und Verfassungsordnung die wichtigste und maßgebliche normative Grundlage darstellt. Hierfür setzen wir uns weltweit ein, und wir tun dies nicht zuletzt deshalb, weil nur in den Staaten, in denen Religionsfreiheit ohne Unterschied und in gleicher Weise für alle Bürger gilt, auch Christen ihren Glauben frei leben und bekennen können.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de